

Sessionsbericht – Sommersession 2010

Rapport de session – Session d'été 2010

31.05 – 18. 06.2010

Von Julien Chavaz, Fraktionssekretär

Die Wahlen 2011 rücken näher. Sie werfen ihren Schatten bereits auf die Sommersession 2010: Das unseren Institutionen unwürdige parteipolitische Theater hat spätestens jetzt begonnen. FDP.Die Liberalen geht als Siegerin aus dieser Session hervor. In allen wichtigen Geschäften konnte sie sich durchsetzen. Dank der verantwortungsvollen und reformorientierten Linie unserer Fraktion wurden Mehrheiten möglich, welche langfristig unseren Wohlstand fördern und unser politisches System stärken. Der Staatsvertrag mit den USA, der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative, die 11. AHV-Revision, der Gegenvorschlag zur Minder-Initiative, die Ablehnung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Finanzkrise und Herausgabe von UBS-Kundendaten sowie die Managed-Care-Vorlage: diese unvollständige Liste der Erfolge der Fraktion FDP-Liberale in einem angespannten politischen Kontext ist lang – sowohl im National- wie im Ständerat.

Les élections fédérales de 2011 approchent doucement et cette session d'été 2010 aura ouvert le bal à des jeux de politique politicienne indignes des institutions suisses. Le parti libéral-radical sort grand vainqueur de cette session, ayant obtenu gain de cause sur l'ensemble des objets prioritaires. Notre groupe a défendu sa ligne responsable et réformatrice en permettant à une majorité soucieuse de bonne gouvernance et de bien-être pour la population de l'emporter. Accord avec les Etats-Unis sur l'UBS, contre-projet à l'initiative sur les renvois, 11^e révision de l'AVS, contre-projet à l'initiative Minder contre les rémunérations abusives, refus d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière et la transmission des données de l'UBS, réseaux de soins intégrés : le groupe libéral-radical a aligné les succès dans un contexte politique singulièrement tendu, tant au Conseil national qu'au Conseil des Etats.



Entschlossen setzte sich die FDP-Liberale Fraktion für mehr Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und einen schlanken Staat ein – und konnte damit wesentlich zu positiven Resultaten in allen wichtigen Geschäften beitragen.

Die wichtigsten Erfolge der Session:

- › Das Parlament stimmte dem **Staatsvertrag** zwischen der Schweiz und den USA zu – dank dem gradlinigen Kurs der FDP. Die Liberalen, die das Abkommen von Beginn weg entschlossen unterstützte. Ein Nein zum Staatsvertrag hätte nicht nur der UBS, sondern dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz geschadet und Arbeitsplätze gefährdet.
 - › Nachdem ein von der FDP eingebrachter **indirekter Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative** 2008 noch an einer unheiligen Allianz von SVP und SP scheiterte, lancierte die FDP im Frühling 2009 einen **direkten Gegenvorschlag**. Damit werden aufgrund eines genauen Deliktkatalogs kriminelle Ausländer ausgeschafft, ohne dass Völkerrecht verletzt wird. Die Räte haben den FDP-Vorstoss aufgenommen und in der Sommersession verabschiedet.
 - › Die Probleme von **Too-big-to-fail** und **Boni-Exzessen** werden dank dem Einsatz der FDP in Kommissionen und Räten sorgfältig und international koordiniert angepackt. Die linken Erpressungsversuche, um unausgereifte Lösungen über das Knie zu brechen, hatten keinen Erfolg. Die FDP wird sich in den nächsten Monaten für sinnvolle Lösungen einsetzen.
 - › Die FDP engagierte sich erfolgreich dafür, dass weiterhin ein **indirekter Gegenvorschlag zur Minder-Initiative** möglich ist. Die detaillierte Regelung des Aktienrechts gehört in das Gesetz und nicht in die Verfassung. Als zweiter Pfeil bleibt aber auch ein direkter Gegenvorschlag zur schädlichen Initiative im Köcher.
 - › Die sogenannte **Steuergerechtigkeits-Initiative** wurde in der Bundesversammlung deutlich abgelehnt. Die linke Mogelpackung würde den Mittelstand schwer belasten: Auch die Steuern auf tiefere Einkommen würden wegen der Progression angehoben werden. Der Steuerwettbewerb nützt allen, indem er die Kantone zur Sparsamkeit zwingt.
 - › Die Räte stimmten drei zentralen Projekten von Bundesrat Didier Burkhalter zu, welche die FDP-Liberale Fraktion entschlossen unterstützte: Die **Managed-Care-Vorlage** bringt Schwung in die blockierte Gesundheitspolitik. Mit der **6. IV-Revision** und der **11. AHV-Revision** konnten wichtige Schritte für sichere Sozialwerke ohne Schuldenberge getan werden.
 - › Dank Finanzminister Hans-Rudolf Merz und dem unermüdlichen Einsatz der Fraktion FDP-Liberale für einen schlanken Staat legt die Eidgenossenschaft mitten in der Finanzkrise eine **hervorragende Staatsrechnung 2009** vor: 2,7 Milliarden Franken Überschuss und ein weiterer Schuldenabbau um 10 Milliarden sind international einmalig.
 - › In der Sommersession konnten zehn **Doppelbesteuerungsabkommen** verabschiedet werden. Für die FDP stand die Unterstützung nie in Frage: Unsere (Export-)Wirtschaft braucht verlässliche Regelungen. Die SVP-Vertreter stimmten mehrheitlich dagegen oder enthielten sich und riskierten damit eine doppelte Besteuerung von Exportunternehmen.
-

1. Staatsvertrag mit den USA zur UBS

Nach wochenlangen parteipolitischen Spielen von SVP und SP stimmte das Parlament dem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA zu.

Die FDP hat sich vom Anfang an für eine rasche Ratifizierung des Staatsvertrages eingesetzt. Für die Schweiz als kleines, exportorientiertes Land ist das Verhältnis zu seinen Wirtschaftspartnern sehr wichtig. Das UBS-Abkommen legt den Streit mit den USA bei und ist daher nicht nur für den Finanzplatz, sondern vor allem auch für den Werkplatz von grösster Bedeutung. Die als Folge einer Vertragsverletzung durch die USA möglicherweise eingesetzten Sanktionen würden den Werkplatz Schweiz schwer treffen.

Die FDP hatte mit der SVP Gespräche geführt, damit diese dem Vertrag hätte zustimmen können. Abmachungsgemäss brachte die FDP eine Motion ein, damit künftig der Bundesrat völkerrechtliche Bagatellverträge nur noch in bestimmten Bereichen eigenständig abschliessen kann; und der vorläufigen Anwendung völkerrechtlicher Verträge soll künftig von der vorbereitenden Kommission zugestimmt werden. Zudem ersetzte ein FDP-Antrag den Planungsbeschluss des Bundesrates und kippte damit die Boni-Steuer aus der Vorlage. Nachdem die FDP der SVP zwei Brücken gebaut hatte und diese weiterhin den Staatsvertrag mit immer neuen Bedingungen abzulehnen versuchte, riss der Geduldsfaden. Die FDP war denn auch dezidiert gegen eine Unterstellung des revidierten UBS-Abkommen unter das fakultative Referendum. Das Abkommen enthält keine wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen, sondern legt in einem Sonderfall den Rechts- und Souveränitätskonflikt mit den USA bei. Es betrifft eine begrenzte Anzahl UBS-Kunden und gleichartige Fällen von schweren Steuerdelikten. Gemäss langer Praxis muss ein solches Abkommen nicht dem Referendum unterstellt werden. Ein Referendum würde die Datenlieferung um Monate verzögern, die USA könnte deshalb den Druck erhöhen und beispielsweise die eingefrorene Strafklage wieder aktivieren. Dies hätte nicht nur für die UBS, sondern vielmehr für die gesamte Schweizer Wirtschaft unabsehbare und gravierende Folgen.

2. « Too big to fail » – Die Fraktion FDP-Liberale lässt sich nicht erpressen

Das Parlament hat ganz im Sinne der FDP beschlossen, nicht auf den Planungsbeschluss des Bundesrates zur «Too big to fail»-Problematik einzutreten. Mit dem Planungsbeschluss versuchte der Bundesrat, die SP zur Zustimmung zum umstrittenen UBS-Staatsvertrag zu bewegen. Diese machte ihre Annahme des Vertrags abhängig von Massnahmen zur Banken- und Boni-Regulierung. Im Planungsbeschluss legt der Bundesrat entsprechend seine Absicht dar, bis Ende Jahr Massnahmen zu beschliessen, um das Risiko der Grossbanken einzudämmen. Diese sollen strengere Anforderungen betreffend Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung erfüllen müssen. Zudem wurden Massnahmen zur Boni-Regulierung vorgeschlagen, welche im Herbst in einer Vorlage unterbreitet werden sollten. Die FDP begrüsst den Entscheid des Stände- und Nationalrats.

Das Problem der systemischen Risiken von Finanzinstituten muss gelöst werden. Es geht jedoch nicht an, die Fragen durch kontraproduktive Schnellschüsse zu lösen und sachfremde Fragen wie den UBS-Staatsvertrag mit dem Geschäft zu verknüpfen. Die Probleme müssen vielmehr auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg angegangen werden. Die FDP begrüsst deshalb, dass die WAK-N mit deutlicher Mehrheit eine auf FDP-Nationalrat Philipp Müller zurückgehende entsprechende Kommissionsmotion verabschiedet hat.

Bedauert wird der Entscheid des Ständerates, zwei Motionen, welche die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit hoher Bezüge fordern, anzunehmen. Die Motion Fetz fordert, dass Gesamtvergütungen über 1,5 Mio. Franken pro Jahr höchstens zur Hälfte als geschäftsmässig begründeter Aufwand gelten. Antritts- und Abgangsentschädigungen sollen ab dem Betrag von einer halben Million Franken höchstens zu 25 Prozent als geschäftsmässiger Aufwand gelten. Gleichzeitig hat der Ständerat eine Motion seiner Wirtschaftskommission angenommen, welche die von der Motion Fetz geforderte Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit auf börsenkotierte Unternehmen beschränken will. Die Motionen sind rechtsstaat-

lich bedenklich, leicht zu umgehen und werden daher keine Eingrenzung exzessiver Entlohnungen zur Folge haben. Symbolgesetzgebung lehnt die FDP ab.

3. Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Die Klima-Initiative der Umweltverbände erhält einen indirekten Gegenvorschlag und die Schweiz führt die Klimaschutzpolitik auch nach 2012 weiter. Der Nationalrat entschied mit 102:80 Stimmen – entgegen der Position der FDP – auf die Vorlage einzutreten.

Der knappste und gewichtigste Entscheid des Nationalrat war das CO₂-Reduktionsziel: Die Schweiz soll ihren Treibhausgasausstoss bis 2020 gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 um 20% reduzieren, und zwar vollumfänglich im Inland. Dieser Entscheid fiel mit 90:87 Stimmen entgegen der Position der FDP. Zusätzlich kann der Bundesrat im Einklang mit internationalen Vereinbarungen dieses Ziel sogar auf 40% erhöhen. Für diese zusätzliche Reduktion können zu drei Viertel auch Reduktionen im Ausland angerechnet werden. Es zeigte sich aber, dass die Massnahmen, welche beschlossen wurden, nicht mit dem Ziel mithalten können. Dies gilt insbesondere für die CO₂-Abgabe, die den Brennstoff- und Treibstoffverbrauch über den Preis lenken sollte.

Mit 108 zu 82 Stimmen hat der Nationalrat dem Bundesrat untersagt, eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen einzuführen, was der Position der FDP entspricht. Im Verkehrsbereich wurde das Reduktionsziel für die CO₂-Emissionen neu immatrikulierter Autos festgelegt. Ursprünglich wollte der Bundesrat deren Emissionen bis Ende 2015 auf durchschnittlich 130 Gramm pro Kilometer senken. Der Auftrag an die Importeure wäre mit Sanktionen bei Nichteinhaltung verbunden. Unter Verweis auf die Topografie der Schweiz wurde das Ziel auf 150 Gramm festgelegt. Dieser Entscheid im Sinne der FDP wurde mit 85:81 Stimmen getroffen.

Klar angenommen wurde hingegen eine Teilkompensation für CO₂-Emissionen aus Treibstoffen. Der Bundesrat kann die Kompensation je nach Erreichung des Reduktionsziels auf 5 bis 40% festlegen. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 108 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Weg, den der Nationalrat eingeschlagen hat, mit ambitionierten Zielen und unzureichenden Massnahmen wird dazu führen, dass im Jahr 1 nach Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes der Bundesrat mit Zusatzbotschaften schärfere Massnahmen vorschlagen wird, um das Reduktionsziel zu erreichen.

4. Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“

Thomas Minders Volksinitiative „Gegen die Abzockerei“ wird ein Gegenvorschlag auf Gesetzesesebene gegenübergestellt, und die Behandlungsfrist wird um ein Jahr verlängert. Nach dem unbestrittenen Beschluss des Ständerates hat sich auch der Nationalrat knapp mit 98:91 Stimmen dafür ausgesprochen. Die RK-S hat auf Antrag von Pankraz Freitag eine Kommissionsinitiative formuliert, welche einen indirekten Gegenvorschlag fordert. Die FDP ist erfreut über den Beschluss von National- und Ständerat und wird sich weiterhin einsetzen für eine Regelung im Sinne von Aktionären und Wirtschaft.

Ursprünglich wollte der Bundesrat der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag im Rahmen der Revision des Aktienrechts vorlegen. Dieser Vorschlag wurde vom Ständerat bereits in der Sommersession 2009 gutgeheissen. Die Volksinitiative lehnte die Kleine Kammer klar ab. Demgegenüber hat sich der Nationalrat in der vergangenen Frühjahrsession für einen direkten Gegenvorschlag auf Verfassungsebene ausgesprochen und empfahl diesen, wie auch die Initiative, zur Annahme. Der direkte Gegenentwurf wurde in der ständerätlichen Rechtskommission (RK-S) in diesem Frühjahr materiell beraten, aber vorläufig sistiert. Die RK-S schlug vor, zusätzlich auch einen Gegenvorschlag auf Gesetzesesebene zu erarbeiten. Daneben soll der direkte Gegenentwurf als Rückfall-Option aufrecht erhalten bleiben. Grund für diesen Entscheid ist die Meinung der Kommission, dass Regelungen zu Aktionärsrechten nicht in die Verfassung gehören. Zudem sei der Weg über eine gesetzliche Regelung aufgrund der fortgeschrittenen

Beratungen beim Aktienrecht schneller als der Umweg über die Verfassung. Deshalb soll eine Gesetzeslösung gesucht werden, welche es dem Initianten erlaubt, seine Volksinitiative zurückzuziehen. Tut er dies nicht, so soll der direkte Gegenentwurf in einer Volksabstimmung der Minder-Initiative gegenüber gestellt werden.

Der Ständerat wird nun mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beginnen, dank der Fristverlängerung bleibt dem Parlament Zeit bis August 2011. Die RK-S hat in ihrer Kommissionsinitiative bereits erste – nicht abschliessende und änderbare – mögliche Eckpunkte für einen indirekten Gegenentwurf vorgeschlagen.

5. Managed Care – Déblocage de la réforme de la LAMal

Le Conseil national a adopté par 101 voix contre 43 et 24 abstentions une révision de la LAMal encourageant les assurés à rejoindre des réseaux de soins intégrés prenant en charge un traitement coordonné, projet dit du « managed care ». Cette réforme était soutenue unanimement par la députation libérale-radical.

Afin d'inciter les assurés à adopter un tel modèle, le projet adopté par le National prévoit une quote-part différenciée entre les personnes affiliées à un réseau de soin intégrés et les autres assurés. Le libre choix sera ainsi plus cher ; celui qui rejoint un réseau de soins paiera 10% de ses coûts de santé, une fois sa franchise dépassée, alors que les autres assurés verront cette quote-part relevée à 20%. Cette participation sera toutefois plafonnée à un montant fixé par le Conseil fédéral et réduite de moitié pour ceux qui sont affiliés à un réseau. Cette incitation essentielle pour le succès du projet a été adoptée contre l'avis de la Gauche par 109 voix contre 57.

Les caisses-maladie seront elles, contre l'avis du groupe libéral-radical, tenues de proposer au moins une forme particulière d'assurance liée aux réseaux de soins intégrés et auront trois ans pour garantir une offre sur l'ensemble du territoire. Les réseaux doivent de plus garantir une qualité des soins et assumer une responsabilité budgétaire. Ils peuvent même proposer des prestations en sus de celles remboursées par l'assurance de base. L'assureur peut enfin prévoir une durée contractuelle d'au moins trois ans pour ce modèle d'assurance. L'assuré pourra changer de caisse avant le délai prévu si certaines conditions sont remplies mais ne pourra cependant changer de forme d'assurance que contre paiement d'une taxe. Finalement, la compensation des risques sera affinée et intégrera de nouveaux critères réduisant ainsi la chasse aux bons risques.

Le vote du Conseil national est une victoire d'étape pour Didier Burkhalter et sa volonté de poursuivre les réformes dans la concertation. Avant le débat au Conseil des Etats et un éventuel référendum populaire, le groupe libéral-radical a amplement contribué au déblocage du dossier de la LAMal.

6. 11e révision de l'AVS

Avec le soutien du groupe libéral-radical, le Conseil des Etats a éliminé d'importantes divergences dans la 11e révision de l'AVS et adopté une nouvelle solution en faveur des retraites flexibles. Après les décisions contradictoires de Conseil national lors de la session de printemps – modèle généreux de retraite anticipée de 1,15 milliard par an mais refus du financement –, il s'agissait de sortir la 11e révision de l'AVS de l'impasse. La décision du Conseil des Etats est une victoire pour le Conseiller fédéral Didier Burkhalter et permet d'envisager une issue positive à la révision. Le Conseil des Etats a confirmé le compromis de base, à savoir le relèvement de l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans d'une part et le subventionnement de la retraite anticipée pour les bas revenus d'autre part.

Le principal point de discussion était la somme mise à disposition pour subventionner les départs à la retraite anticipée. Le DFI avait élaboré une solution pour compenser le relèvement de l'âge de la retraite

des femmes à 65 ans en identifiant les personnes ayant le plus besoin d'une aide financière en cas de retraite anticipée. Selon cette proposition, l'ampleur de la réduction annuelle de la rente en cas de retraite anticipée sera plus basse que le taux usuel selon les catégories de revenu. Le système devrait en premier lieu profiter aux femmes.

Après avoir piétiné durant de longs mois en raison de blocages d'une gauche trop revendicatrice et d'une UDC braquée, un compromis intelligent et socialement juste a pu être trouvé. Ce dernier est le fruit du travail de la CSSS-CE, et plus particulièrement du PLR et du PDC, sous l'impulsion du conseiller fédéral Didier Burkhalter. Le projet retourne maintenant au Conseil national.

7. Rapport des commissions de gestion et constitution d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière et la transmission d'information dans le cadre des activités transfrontières de l'UBS

Au terme d'un intense suspense, le Conseil des Etats a définitivement enterré la constitution d'une commission d'enquête parlementaire sur la crise financière voulu par une proposition du bureau du Conseil national. Dès le début du débats, le groupe libéral-radical s'est montré opposé à une CEP qui n'aurait rien apporté de nouveau étant donné ses compétences et qui aurait été un désaveu pour les Commissions de gestion et pour leur rapport.

Présenté tout au début de la session, le très attendu rapport des Commissions de gestion a tenu en haleine la Berne fédérale. Le PLR a constaté avec satisfaction que la commission de gestion (CdG) a présenté aujourd'hui un rapport complet, nuancé et critique sur le comportement des institutions fédérales dans la crise financière. La CdG a étudié dans les détails les événements et analysé de façon approfondie les relations entretenues entre les différentes autorités. Une commission d'enquête parlementaire n'apporterait donc aucune nouvelle information. Le rapport rend compte des tâches qui ont été remplies avec succès par les différentes institutions responsables, des points qu'il faut impérativement améliorer et des enseignements à tirer pour l'avenir. Il apparaît que le sauvetage de l'UBS était nécessaire non seulement dans l'intérêt de la place financière et de ses dizaines de milliers de places de travail, mais surtout pour la pérennité de nombreuses entreprises suisses. Le DFF est parvenu à préparer de manière optimale la décision du Conseil fédéral.

Dans le cadre du conflit avec les États-Unis au sujet de la livraison des données de clients, des défauts ont été en revanche soulignés. Le manque de coopération et de structure du Conseil fédéral a démontré que le gouvernement n'était stratégiquement pas assez armé pour affronter une crise internationale. La CdG souligne la nécessité de renforcer la coordination et la capacité de pilotage stratégique du gouvernement. Le PLR partage ce point de vue. Une réforme du gouvernement – comme le PLR le demande depuis ce printemps – devient de plus en plus urgente.

La première partie du rapport concerne la crise financière et plus particulièrement le sauvetage de l'UBS, qui a permis de préserver le système financier de la Suisse, les emplois qui en dépendent ainsi que les liquidités et le financement indispensable à de nombreuses entreprises. Ce chapitre apporte la preuve que le Département des finances, sous la houlette de Hans-Rudolf Merz, en étroite collaboration avec la FINMA et la BNS, a pris toutes les mesures pour permettre au gouvernement d'entreprendre l'opération de sauvetage au moment opportun et avec succès. Les louanges internationales concernant la gestion de la crise ainsi que les 1,2 milliards de francs engrangés par la Confédération démontrent la réussite de l'opération. Les instances politiques ont dû intervenir, comme « ultima ratio » pour sortir la banque du piège dans lequel ses graves manquements l'avait entraînée. Il n'y avait malheureusement plus aucune autre solution. Aussi longtemps que cela a été possible, le Conseiller fédéral Hans-Rudolf Merz a veillé à ce que l'Etat soit engagé le moins possible et à ce que la banque assume ses responsabilités.

Le PLR n'est toutefois pas d'accord avec certaines des critiques CdG. Il ressort de l'enquête que la volonté de transmettre une information complète au Conseil fédéral s'est trouvée en conflit permanent avec

la nécessaire protection de la confidentialité. Les indiscretions qui sont malheureusement chose courante concernant le Conseil fédéral, auraient eu des conséquences désastreuses dans le cas de l'UBS. Le sauvetage de la banque aurait tout simplement été impossible si des fuites s'étaient produites (le cas „Northern Rock“ l'a montré). Une politique délibérément prudente en matière de communication relevait donc du bon sens.

Dans la deuxième partie du document, la CdG traite de la livraison aux USA des données de clients de l'UBS. La commission critique, dans ce cas, les difficultés qu'a éprouvées le Conseil fédéral à travailler de façon collégiale lors d'une situation de crise internationale. Le gouvernement a tardivement réalisé que les contacts diplomatiques ainsi que les échanges entre les gouvernements étaient nécessaires. Cela parce que les étapes prévues et initiées par le DFF comme les procédures d'assistance administrative des États-Unis n'ont, soudainement, plus été soutenues.

Le rapport met en lumière, en outre, que plusieurs conseillers fédéraux n'ont pas assez informé l'ensemble du collège de l'évolution de la situation avec les USA, notamment les chefs du DFF, du DFJP et du DFAE qui détenaient les informations nécessaires. Des circonstances malheureuses et uniques sont encore venues compliquer l'élaboration d'une solution : En premier lieu, les actions précipitées des États-Unis qui ont exercé une pression inattendue; la dynamique des demandes d'assistance en second lieu (de 3 par années à environ 350) ; troisièmement, l'absence de Hans-Rudolf Merz pour raisons de santé et les élections présidentielles américaines qui ont conduit à l'interruption des contacts politiques avec les USA ; enfin, quatrièmement l'absence d'un secrétaire d'Etat pour appuyer le conseiller fédéral dans sa tâche s'est fait ressentir.

Compte tenu des lacunes constatées, le gouvernement a besoin de nouvelles structures et de nouveaux instruments – à l'image de la cellule DFF-DFAE-DFJP instituée par Hans-Rudolf Merz. C'est seulement de cette manière que le Conseil fédéral parviendra à renforcer sa coordination. La commission souligne également la nécessité d'une conduite stratégique plus ferme et d'un système d'alarme plus performant. Autant de changements que le PLR a déjà exigés dans ses propositions pour une réforme du gouvernement.

Le PLR a, dès le début, soutenu qu'il fallait attendre les résultats de la CdG avant de discuter de l'éventuelle mise sur pied d'une CEP. Cette démarche se révèle juste. Aucune raison ne justifie aujourd'hui la création d'une CEP alors que la CdG a rendu un rapport complet. Tous les éléments ont été mis sur la table. La CdG, elle-même, juge qu'elle a pu obtenir tous les documents et interroger toutes les personnes nécessaires.

8. Vereinigte Bundesversammlung

Elections au Tribunal fédéral des brevets – Le 16 mai 2010, l'Assemblée fédérale a élu les juges du nouveau Tribunal fédéral des brevets. Dieter Brändle, actuel juge suppléant au Tribunal de commerce du canton de Zurich, a été désigné Président. Tobias Bremi, conseiller en brevets à Zurich, a lui été élu comme second juge ordinaire. Les Chambres réunies ont également désigné les 31 juges suppléants de formation juridique ou technique de la nouvelle cour.

Elections à la Présidence et à la vice-présidence du Tribunal administratif fédéral – Le même jour, l'Assemblée fédérale a procédé à l'élection d'un nouveau Président pour le Tribunal administratif fédéral. L'actuel vice-président radical Markus Metz succédera à Christoph Bandli pour un mandat de deux ans. Le zurichois Michael Beusch (PS) a été élu nouveau vice-président.

9. Geschäfte beider Räte

Doppelbesteuerungsabkommen – Das Parlament hat zehn neuen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zugestimmt, welche neu den erweiterten Informationsaustausch gemäss OECD-Standard vorsehen (Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Katar, Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Österreich und USA). Die FDP unterstütze die Abkommen.. Sie sind für die Schweizer Volkswirtschaft wichtig, da sie eine kumulative steuerliche Belastung von grenzüberschreitenden Geschäften bzw. Unternehmen, die grenzüberschreitende Aktivitäten tätigen, verhindern. Die in den revidierten DBA vorgesehene Amtshilfe ist zudem an klare Bedingungen geknüpft, der automatische Informationsaustausch ist weiterhin ausgeschlossen. Für die Rechtssicherheit des Schweizer Finanzplatzes begrüsst die FDP weiter ein Amtshilfegesetz, welches sicherstellt, dass die Schweiz bei gestohlenen Bankkundendaten keine Amtshilfe leistet. Bis zum Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes soll eine Verordnung für Rechtssicherheit sorgen. Die neuen DBA wurden alle von der SVP abgelehnt.

Allocations familiales – Les chambres ont approuvé la création d'un registre central des allocations familiales, dont la Confédération prendra en charge l'entier des coûts, ceci en accord avec la volonté du groupe libéral-radical.

Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative – Nachdem die unheilige Allianz von SVP und SP 2008 einen indirekten Gegenvorschlag zur SVP-Initiative versenkten, lancierte die FDP-Liberale Fraktion im Frühjahr 2010 einen direkten Gegenvorschlag. Damit werden aufgrund eines genauen Deliktatalogs kriminelle Ausländer ausgeschafft, ohne dass Völkerrecht verletzt wird. Der Gegenvorschlag wurde von beiden Räten verabschiedet. Damit kann das Volk über eine ausgereifte und griffige Lösung abstimmen: Im Gegensatz zur Ausschaffungsinitiative enthält der direkte Gegenvorschlag einen klaren Deliktatalog, welcher sowohl Sozialhilfemissbrauch als auch Wirtschaftsdelikte abdeckt. Auf Antrag von FDP-Nationalrat Philipp Müller wurde zudem auch die schwere Körperverletzung in den Deliktatalog aufgenommen. Der direkte Gegenvorschlag führt nicht zu neuen Rechtsproblemen – er hält die völkerrechtskonforme Auslegung explizit fest. Er beinhaltet zudem eine ausgewogene Integrationsbestimmung, die für unsere Gesellschaft wesentlich ist. Somit ist der Gegenvorschlag nicht einfach eine abgemilderte Kopie der Initiative, sondern konsequentere Lösung.

Gaskombikraftwerke – Der Nationalrat hat mit 105 gegen 75 Stimmen und mit Unterstützung der Fraktion FDP-Liberale den von Christian Wasserfallen angeführten Minderheitsvorschlag angenommen, wonach der Auslandanteil der CO₂-Kompensationspflicht bei maximal 30% liegt. Der Bundesrat kann diesen Anteil erhöhen, wenn dies zur Stromversorgung erforderlich ist. Mit 90:72 Stimmen und im Sinne der FDP strich der Nationalrat die Ausnahmebestimmung für Chavalon. Hingegen beharrte der Ständerat darauf, dass ein Gaskraftwerk, das am Standort eines alten Kraftwerks betreiben wird, nicht zur Nutzung der Abwärme verpflichtet werden soll. Mit 25:17 Stimmen besteht er auch auf der Verpflichtung der 100% CO₂-Kompensation im Inland. National- und Ständerat haben sich schliesslich geeinigt, dass die CO₂-Emission zu 30 Prozent im Ausland kompensiert werden dürfen. Betreiber von Gaskombikraftwerken dürfen die CO₂-Emissionen zu 30 Prozent im Ausland kompensieren. Darauf haben sich die Eidgenössischen Räte geeinigt. Auch gibt es für das Werk Chavalon im Unterwallis keine Sonderregeln.

10. Geschäfte des Nationalrats

Garde des enfants – Le Conseil national a rejeté par 96 voix dont celles du groupe-radical contre 64 une motion de Christoph von Rotz (UDC, Obwald) demandant à ce que les familles qui assurent elles-mêmes la garde de leurs enfants puissent aussi bénéficier de déductions fiscales.

Angemessene Wasserzinsen – Beim Wasserrechtsgesetz hat der Nationalrat letzte Differenzen ausgeräumt. Für die Nutzung von Wasserkraft erhalten die Kantone damit künftig mehr Geld von den Stromunternehmen. Zudem stehen für erneuerbare Energien mehr Fördermittel zur Verfügung. Sein Ansinnen, Unternehmen mit hohem Stromverbrauch zu entlasten, wurde mit 88:77 entgegen der Position der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt.

Surveillance des caisses maladies – Le Conseil national a adopté tacitement un postulat demandant au Conseil fédéral un rapport sur une série de mesures visant à améliorer la surveillance des caisses maladie. Les premières mesures pourraient être prises dans le courant de l'année déjà et les dernières devraient entrer en vigueur début 2013.

Congé-maternité – Le Conseil national a enterré par 77 voix contre 73 et selon l'avis du groupe libéral-radical une initiative de Franziska Teuscher visant à assurer un revenu aux mères qui reportent le début de leur congé-maternité car leur nouveau-né doit séjourner plus de trois semaines à l'hôpital. En vertu de la loi sur le travail, les mères ne peuvent travailler durant les huit semaines suivant leur accouchement.

Congé-maternité (bis) – Le Conseil national a rejeté par 111 voix contre 71 une initiative parlementaire socialiste visant à allonger le congé maternité à 18 semaines. Les coûts se seraient chiffrés à 197 millions de francs. Le groupe libéral-radical souhaitait ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

Prévoyance professionnelles pour les indépendants – Le Conseil national a donné suite par 104 voix contre 79 à une initiative parlementaire de Markus Hutter (PLR, Zürich) visant à permettre aux indépendants à la retraite de racheter des prestations de prévoyance professionnelle (LPP). Le groupe libéral-radical soutenait unanimement cette initiative.

Allocations pour enfants – Le Conseil national a refusé par 101 voix dont celles du groupe libéral-radical contre 77 de donner suite à une initiative parlementaire de Walter Donzé visant à instaurer une allocation unique pour enfant qui remplacerait toutes les déductions fiscales, allocations et autres subventions versées aux familles.

Factures et assurance maladie – Le Conseil national a rejeté par 120 voix contre 62 et avec l'opposition du groupe libéral-radical une initiative parlementaire de Jean-François Steiert visant à faire traiter par l'assureur complémentaire les factures des patients qui ont conclu leurs assurances complémentaire et obligatoire auprès de deux compagnies.

Steuergerechtigkeitsinitiative – Der Nationalrat hat wie zuvor der Ständerat in der vergangenen Frühlingsession die Volksinitiative „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb“ deutlich abgelehnt. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Initiative ist ein starker Eingriff in die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden. Sie hätte Steuererhöhungen bei über der Hälfte der Kantone zur Folge und würde die übrigen Kantone steuerlich treffen. Dies schadet dem Standort Schweiz.

Bildung einer Bilanzreserve für die Schweizer Landwirtschaft - Die Frage, ob eine Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft geschaffen werden soll kam zum Diskussion zum dritten Mal im Nationalrat. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat der Bildung einer Bilanzreserve knapp mit 90 zu 87 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Mit dieser Rückstellung werden negative Folgen einer künftigen Liberalisierung abgedeckt. Die Fraktion FDP-Liberale unterstützte die Schaffung der Bilanzreserve.

11. Geschäfte des Ständerats

Velovignette abgeschafft – Mit Unterstützung der FDP-Deputation hat der Ständerat eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes zur Abschaffung des Versicherungsobligatoriums mit 25 zu 6 Stimmen verabschiedet. Ansprüche von Geschädigten aus Unfällen verursacht, die von einem Velofahrer, der über keine private Haftpflichtversicherung verfügt, sollen vom Nationalen Garantiefonds gedeckt werden. Diese Vorlage beseitigt die Doppeldeckung, die dadurch entsteht, dass 90% der Bevölkerung bereits über eine allgemeine Privathaftpflichtversicherung verfügt. Die damit verbundene Abschaffung der Bürokratie für die Velofahrerinnen und Velofahrer ist zu begrüssen.

Infrastrukturfonds –Der Ständerat hat mit 25 zu 6 Stimmen beschlossen, 850 Millionen Franken in den Infrastrukturfonds einzuschiessen. Der Fonds hat zum Ziel, Projekte im Agglomerationsverkehr und auf Autobahnen ohne Verzögerung zu finanzieren.

Erleichterte Zulassung von ausländischen Hochschulabsolventen 2. Phase – Der Ständerat hat einstimmig eine parlamentarische Initiative gutgeheissen, welche durch eine entsprechende Änderung des Ausländergesetzes eine Reihe von Missständen bei der Zulassung von Studierenden sowie Studienabgänger/-innen aus nicht-EU/EFTA-Staaten beseitigen will. Der Entwurf sieht vor, dass Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden, wenn deren Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist. Diese Personen sollen nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine Dauer von sechs Monaten vorläufig zugelassen werden, um eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu finden.

Teilnahme am Aussengrenzenfonds – Die Schweiz soll sich mit jährlich rund 15 Millionen Franken am europäischen Aussengrenzenfonds beteiligen. Der Ständerat hat diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Sinne der FDP einstimmig gutgeheissen. Mit dem Solidaritätsfonds werden Schengenstaaten mit weitläufigen und entsprechend aufwendig zu überwachenden Grenzen unterstützt. Die Schweiz kann ihrerseits Projekte in der Höhe von jährlich 3 bis 5 Millionen Franken über den Aussengrenzenfonds mitfinanzieren lassen.

Gegen die Kontrolle von Imamen – Der Ständerat sprach sich dagegen aus, dass Imame zur Ausübung ihres Amtes in der Schweiz künftig eine Bewilligung brauchen, und lehnte eine Motion ab. Für diese Motionsforderung des Nationalrats gebe es keinen Bedarf. Denn schon heute könnten die Behörden gegenüber Personen Massnahmen ergreifen, welche die Einhaltung der Rechtsordnung und der verfassungsmässigen Grundrechte nicht anerkennen. Eine spezielle Bewilligung macht auch aus Sicht der FDP wenig Sinn. Die Fraktion FDP-Liberale fordert eine sinnvolle BWIS-Revision, um den Behörden griffige Mittel zur Überwachung privater Räume zu geben, und die schweizweite Einführung von Integrationsvereinbarungen, welche wie im Kanton St. Gallen besondere Bestimmungen für Imame sowie andere Religions- und Kulturvertreter enthalten sollten. Stillschweigend hat der Ständerat eine vom Nationalrat überwiesene Motion abgelehnt. Diese verlangte, dass islamische Imame zu überwachen und allfällige Hassprediger auszuweisen sind. Die Ergebnisse der Überwachungen sollten in einem Bericht publiziert werden. Wegen der Veröffentlichung der geheimdienstlichen Arbeit hatte der Rat aber Bedenken. Er lehnte die Motion stillschweigend ab.

Gegen Gigaliner auf Schweizer Strassen –Lange und schwere Lastzüge mit bis zu 60 Tonnen Gewicht sollen auf Schweizer Strassen nicht verkehren dürfen. Der Ständerat hat einstimmig eine Kommissionsmotion gutgeheissen. Die geltende Gewichtslimite von 40 Tonnen will der Ständerat zudem um einer maximalen Länge ergänzen.

6e révision de l'assurance invalidité – Des mesures supplémentaires ont été approuvées par le Conseil des Etats pour assurer la pérennité financière de l'assurance invalidité. Le premier paquet de mesures de la 6e révision prévoit notamment la suppression de 12'500 rentes d'ici 2018 en appliquant les recettes de la 5e révision de l'AI - la réinsertion plutôt que la rente - aux rentiers actuels. Les prestations en cours feront l'objet d'un réexamen systématique. Selon le groupe libéral-radical, cette étape est né-

cessaire pour assainir les finances de l'assurance. L'ensemble des mesures, approuvé par 24 voix contre 3 et 4 abstentions, doit permettre d'économiser quelque 500 millions de francs par année.

Abkommen mit der EU zur 24-Stunden-Regel – Der Ständerat ist dem Nationalrat oppositionslos gefolgt und hat ein Abkommen mit der EU gutgeheissen, das die Schweiz von der so genannten «24-Stunden-Regel» ausnimmt. Die Schweizer Wirtschaft wird den Warenverkehr mit der EU in Zukunft ohne Voranmeldung abwickeln können.

Neuregelung der schweren Steuerhinterziehung – Die entsprechende Motion Fetz wurde mit 23:10 Stimmen abgelehnt. Mit diesem Vorstoss wurde gefordert, dass die fortgesetzte Hinterziehung grosser Steuerbeträge dem Steuerbetrug gleichgesetzt wird. Die FDP-Deputation lehnte die Motion ab.

Besteuerung von Sozialhilfeleistungen und Entlastung des Existenzminimums – Die entsprechende Motion der WAK-SR wurde oppositionslos angenommen. Steuerbestimmungen sind so anzupassen, dass Unterstützungs- und Sozialhilfeleistungen, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden, gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden und gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet wird. Mit der Besteuerung der Sozialhilfeleistungen soll verhindert werden, dass Erwerbstätige mit bescheidenem Einkommen weniger Geld im Portemonnaie haben als Personen, die Sozialhilfe beziehen. Um Härtefälle zu vermeiden, soll gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet werden.

Neue Finanzausgleich und Finanzkrise – Mit Unterstützung der FDP-Deputation lehnte der Ständerat die Motion Kuprecht *NFA. Dringliche Anpassung, damit auch die Geberkantone die Finanzkrise überstehen* mit 27:14 ab. Der Motionär forderte einen Rabatt im Finanzausgleich während der Phase der Finanzkrise, damit die Steuerausfälle der grössten Bezahler teilkompensiert werden kann.

Professions de la psychologie – Le Conseil des Etats a par 30 voix et une abstention adopté un projet de loi portant sur les professions dans la branche de la psychologie visant à définir clairement les qualifications requises pour pouvoir porter le titre de psychologue et entamer une formation postgrade dans le but d'instaurer plus de transparence dans la branche et de protéger les patients.

12. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sommersession 2010 folgende elf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Pour une véritable agence nationale de Health Technology Assessment** – Par cette motion, le groupe libéral-radical mandate le Conseil fédéral de créer les conditions cadres pour la création d'une organisation indépendante de "technology assessment", chargée d'analyser l'impact économique (rapport coût-utilité, coût-efficacité, etc.) des nouvelles technologies et prestations médicales, et d'en publier les résultats destinés au public. Cette organisation indépendante doit permettre d'assurer l'économicité et l'adéquation des soins dans le domaine de la santé.
 - › **Pour une organisation indépendante nationale garantissant la qualité dans le système de santé** – Le groupe libéral-radical mandate le Conseil fédéral de créer les conditions cadres pour le fonctionnement d'une organisation indépendante, afin mesurer la qualité dans le système de santé et d'en publier les résultats destinés au public.
 - › **Verkauf von Bankkundendaten hart bestrafen** – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen durch einen neuen Artikel (Art. 47, 4bis), wie folgt: „Wer sich durch eine Verletzung des Berufsgeheimnisses nach Abs. 1 bis 4 dieses Artikels für sich oder einen anderen einen Vermögensvorteil verschafft oder einen solchen zu verschaffen versucht, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren und Busse mindestens in der Höhe des erlangten Vermögensvorteils bestraft“.
-

- › **Schutz der Privatsphäre - Kein automatischer Informationsaustausch** – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion, dass in die aktuell erarbeitete Vorlage für ein Bundesgesetz über die Amtshilfe in Steuersachen nach Doppelbesteuerungsabkommen die folgende Bestimmung aufgenommen wird: Der spontane sowie der automatische Informationsaustausch sind sowohl mit Steuerbehörden des Inlandes wie auch des Auslandes ausgeschlossen. Eine Herausgabe von Bankdaten ist nur im individuellen Amtshilfeverfahren erlaubt.
 - › **Wirtschaftsspionage effektiv bekämpfen** – Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die FDP-Liberale Fraktion, Art. 143 des Strafgesetzbuches sei wie folgt zu ergänzen: Wer in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern, sich Daten, auf die er im Rahmen seiner Aufgaben Zugriff hat, aneignet oder sie unrechtmässig in seinem oder eines anderen Nutzen verwendet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
 - › **Vermögensverwaltung stärken - Abgeltungssteuer verhandeln - Marktzutritt erreichen** – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, eine offensive Strategie zu erarbeiten, damit der Finanzplatz Schweiz als erste Adresse für die Verwaltung von steuerkonformen Vermögen aus Europa gestärkt wird. Eines der zentralen Instrumente dazu ist der Abschluss bilateraler Verträge mit Abgeltungssteuern und die Lösung der Altgeldproblematik. In diesen Verhandlungen ist vollständiger Marktzutritt für Schweizer Finanzdienstleister zu erreichen; im Gegenzug zu einem solchen Marktzutritt ist eine Orientierungspflicht ausländischer Bankkunden gegenüber Schweizer Finanzdienstleistern über ihre Steuerverhältnisse anzubieten.
 - › **Umfassende Revision des Steuerstrafrechts** – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, eine umfassende Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechts vorzuschlagen. Die Leitlinie bleibt das bestehende traditionelle spezifisch schweizerische Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Weiterhin soll grundsätzlich zwischen den Kategorien Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterschieden werden, ihre Abgrenzung aber namentlich auch nach der materiellen Schwere des Steuerdelikts erfolgen. Zentrale Elemente der Revision sollen zudem die Vereinheitlichung und Vereinfachung von Verfahren und Strafsanktionen über alle Steuer- und Abgabenerlasse hinweg sowie explizite Verfahrensgarantien sein.
 - › **Rechtssicherheit im Bezug auf Pyro-Schmuggler schaffen** – Ein aktueller Fall der Staatsanwaltschaft St. Gallen im Zusammenhang mit Schmugglern pyrometrischer Gegenstände lässt aufhorchen. Der zuständige Einzelrichter legte das Sprengstoffgesetz anders aus als die Staatsanwaltschaft, wobei die Staatsanwaltschaft für ihr Urteil praktische Argumente anführt. Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion deshalb den Bundesrat, die Strafbestimmungen im Sprengstoffgesetz genauer zu formulieren, falls das Urteil schliesslich rechtskräftig wird.
 - › **Bericht zur Zusammenarbeit mit PR-Agenturen im Bereich der öffentlichen Information durch den Bund** – In einem Postulat fordert die FDP-Liberale Fraktion die regelmässige Berichterstattung über die Art der Zusammenarbeit mit externen Fachleuten und über die Höhe der Saläre. Zudem wird gefordert, dass neben den Bundesämtern auch die bundeseigenen Betriebe berücksichtigt werden. Grund des Postulats ist die immer wieder fehlende Transparenz bei den PR-Tätigkeiten und Informationskampagnen des Bundes.
 - › **Zwangausschaffungen - aktueller Stand der Dinge und Ausblick** – Die FDP-Liberale Fraktion hat eine Interpellation eingereicht, in welcher sie dem Bundesrat Fragen zu Zwangsrückführungen, zu problematischen Ländern, zu Kontakten und Einschränkungen im Bezug auf Zwangausschaffungen stellt.
 - › **Gentechnikgesetz. Mehr Forschung im Bereich der grünen Gentechnologie** – Mit einer Motion beauftragt die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat, das Gentechnikgesetz (GTG) dahingehend zu ändern, dass der verfassungsmässigen Pflicht zur Förderung der Forschung und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Forschungsplatzes auch im GTG nachgekommen wird, und die gentech-
-

nische Forschung (einschliesslich der Biosicherheitsforschung) in der Schweiz unter attraktiveren Rahmenbedingungen als bisher stattfinden kann.

13. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 31 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 92:82 Stimmen bei 19 Enthaltungen (Nationalrat) und 26:5 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die **Ausschaffungsinitiative**, in dem die Räte der Stimmbevölkerung die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Die Schlussabstimmung zum direkten Gegenvorschlag hatte bereits letzte Woche stattgefunden;
 - › mit 128:64 bei 2 Enthaltungen und 29:11 bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die **Steuerechtigkeitsinitiative der SP**, in dem die Räte der Stimmbevölkerung ein Nein empfehlen;
 - › mit 94:73 bei 26 Enthaltungen und 39:3 eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, dank der **Reserven** geäuft werden, um eventuelle **Liberalisierungsschritte im Agrarhandel** abzufedern;
 - › mit 131:57 bei 4 Enthaltungen und 42:0 das Wasserrechtsgesetz, mit dem die **Wasserzinsen** erhöht werden;
 - › mit 126:61 bei 3 Enthaltungen und 41:0 bei 1 Enthaltung die **Teilrevision des CO₂-Gesetzes** über die Abgabebefreiung für fossilthermische Kraftwerke;
 - › mit 141:47 bei 4 Enthaltungen und 39:2 bei 1 Enthaltung die Verlängerung des **Fonds Landschaft Schweiz** bis 2021. Der Fonds wird für die neue 10 Jahresperiode mit 50 Millionen Franken dotiert;
 - › mit 191:2 und 42:0 die **Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs** (SchKG) zur Begrenzung des Konkursprivilegs auf Löhne bis zu 126'000 Franken;
 - › mit 117:59 bei 17 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss über die **Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis** (im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes);
 - › mit 107:58 bei 27 Enthaltungen und 42:0 das Bundesgesetz über die Anpassung von Bestimmungen betreffend die **Erfassung von Daten im Bereich Migration**. Die Anpassungen erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
 - › mit 123:61 bei 4 Enthaltungen und 42:0 der Bundesbeschluss zur **Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie für abgewiesene Asylsuchende**, in dem die Maximaldauer für Ausschaffungshaft von 24 Monaten wieder auf 18 Monate gesenkt wird. Die Änderung erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
 - › mit 121:61 bei 9 Enthaltungen und 42:0 eine Änderung des Ausländergesetzes über die automatisierte Grenzkontrolle. Die Änderung erfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes;
 - › mit 191:2 und 42:0 der Bundesbeschluss zum Abkommen mit der EU über Zollerleichterungen und Zollsicherheit;
 - › mit 145:39 bei 5 Enthaltungen und 42:0 eine Revision des Ausländergesetzes, dank der Ausländerinnen und Ausländer, die einen Schweizer Hochschulabschluss erworben haben, der Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtert wird;
-

- › mit 134:51 bei 4 Enthaltungen und 41:1 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen, mit der ein Register geschaffen werden soll, um Mehrfachbezüge von Kinderzulagen zu verhindern;
- › mit 135:54 bei 1 Enthaltung und 42:0 die Umsetzung des Römer Statuts, mit der Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe gestellt werden;
- › mit 136:53 und 42:0 eine **Änderung des Energiegesetzes**, mit der den Kantonen vorgeschrieben wird, eine **einheitliche Energieetikette für Gebäude** zu verwenden;
- › mit 192:0 und 42:0 eine **Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes**;
- › mit 140:44 bei 1 Enthaltung und 42:0 eine Verordnung der Bundesversammlung über das **Reglement des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte**;
- › mit 140:46 bei 7 Enthaltungen und 42:0 das **Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer**;
- › mit 189:0 bei 2 Enthaltungen und 41:0 bei 1 Enthaltung das **Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr**, in dem die Grundlagen für deren Sicherheitsdienste geschaffen werden.
- › mit 192:1 bei Enthaltungen und 42:0 den Bundesbeschluss über die Weiterführung der **Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA**;

Das Parlament befand auch über zehn Doppelbesteuerungsabkommen, in denen die Amtshilfe in Steuerfragen auf Steuerhinterziehung ausgeweitet wird. Das Abstimmungsverhältnis war jeweils ca. 130: 55 Stimmen. Betroffen sind Abkommen mit den USA, Frankreich, Grossbritannien, Mexiko, Dänemark, Österreich, Finnland, Katar, Luxembourg, Norwegen.
